

Anno ... 15. Woche

1919, 9. April: Spartakisten rufen in Braunschweig den Generalstreik aus und fordern die Absetzung der »Mörderregierung« Ebert/Scheidemann, die vollständige politische Macht den Arbeiterräten sowie den Anschluss an die russische Räterepublik. Die Reichsregierung, die in Braunschweig den »Mittelpunkt der kommunistischen Bewegung« erkennt, lehnt diese Forderungen ab. Reichswehrminister Gustav Noske beauftragt den General der Freikorpsstruppen Georg Maercker, »Recht und Ordnung in Stadt und Land Braunschweig« wiederherzustellen. Am 17. April nehmen Maerckers Truppen die Stadt widerstandslos ein.

1919, 9. April: Französische Soldaten und Matrosen verweigern dem Oberkommando den Befehl zu einer Gegenoffensive gegen die Rote Armee am Schwarzen Meer. Die Meuterei weitet sich zu einem Aufstand in der französischen Schwarzmeerflotte aus, der im Mai auch die Heimathäfen erfasst und die Regierung in Paris letztlich zwingt, die direkte bewaffnete Intervention in den russischen Bürgerkrieg einzustellen. Der Matrosenaufstand ist der Höhepunkt der Bewegung »Hände weg von Sowjetrussland«.

1949, 10. April: Delegierte der drei Westalliierten überreichen dem Parlamentarischen Rat in Bonn das Besatzungsstatut. Das Statut regelt die Beziehungen zwischen der späteren Bundesrepublik Deutschland und den drei Besatzungsmächten USA, Großbritannien und Frankreich und tritt am 21. September in Kraft. Darin wird der Bundesrepublik und ihren Ländern die gesetzgebende, vollziehende und rechtsprechende Gewalt eingeräumt. Die Besatzungsmächte behalten die Hoheitsrechte unter anderem auf dem Gebiet der Außenpolitik und die Kontrolle über die Ruhr. Alle Verfassungsänderungen und Gesetze bleiben dem Einspruchsrecht der Besatzungsmächte unterworfen. SPD und KPD protestieren aufgrund dieser Sondervollmachten.

1959, 11. April: Trotz einer internationalen Protestwelle führt das südafrikanische Parlament in Kapstadt die Rassentrennung auch an den Hochschulen der Südafrikanischen Union ein. Die Nationale Union der südafrikanischen Studenten kündigt daraufhin weitere Proteste gegen die Anwendung der Apartheidspolitik an Universitäten und Hochschulen an.

<https://www.jungewelt.de/artikel/352509.anno-15-woche.html>